

Belästigung ja – aber nur ein bisschen

Die Freien Wähler fordern in der Debatte über die Vorratsdatenspeicherung einen vernünftigen Mittelweg

VON KATJA AUER

Wirsberg – Die Freien Wähler fordern nach den Terroranschlägen in Paris eine Debatte über die Vorratsdatenspeicherung. Die CSU will diese wieder einführen. Er lehne sie nicht grundsätzlich ab, sagte Fraktionschef Hubert Aiwanger zum Abschluss der Fraktionsklausur im oberfränkischen Wirsberg, aber es müsse ein vernünftiger Mittelweg gefunden werden. Es müsse sichergestellt werden, dass den Bürgern „nicht bis in den Intimbereich nachspioniert werde“ und Daten nicht missbräuchlich verwendet würden, sagte er. Eine gewisse Kontrolle sei aber nötig, das werde auch von den Bürgern akzeptiert. „Es besteht ein gesellschaftlicher Konsens, dass eine gewisse Belästigung durch die Sicherheitsbehörden akzeptiert wird“, sagte Aiwanger.

Die Freien Wähler wollen mehr Plakate aufhängen – damit die Leute wissen, für was sie stehen

Die Freien Wähler distanzieren sich klar von Pegida, „was aber nicht heißt, dass wir jede Gegendemo toll finden“, sagte Aiwanger. Er warnte davor, die Anti-Islam-Bewegung aufzuwerten, indem „im vorausgehenden Gehorsam“ Gegenveranstaltungen organisiert würden. Die Debatte schaukle sich immer mehr hoch und es bestehe die Gefahr, dass sie von Extremisten dominiert werde. Stattdessen sei die Politik gefordert und es müsse sachlich über Zuwanderung und Islam diskutiert werden. „Wir müssen den Leuten politisch beweisen, dass es keine Demonstrationen gegen Islamismus auf deutschen Straßen braucht“, sagte Aiwanger.

Seine Freien Wähler sieht der Fraktionschef weiter als das Sprachrohr der Menschen vor allem in den ländlichen Regionen. Auch beim Zusammentreffen mit Bürgern und Kommunalpolitikern während der Klausur in Wirsberg (Landkreis Kulmbach) sei ihnen das bestätigt worden. Im jüngsten Bayerntrend des Bayerischen Rundfunks legen die Freien Wähler auf zehn Prozent Zustimmung bei den Wählern zu, was Aiwanger als „Arbeitsauftrag für die Zukunft“ versteht. Er will künftig die eigenen Positionen noch besser kommunizieren, etwa mit Plakataktionen. Davon verspricht er sich noch mehr Zustimmung, wenn die Menschen wüssten, welche Themen die Freien Wähler besetzten.

Eines davon ist die Energiewende, die auch bei der Klausur großen Raum einnahm. Die Freien Wähler sind gegen die Stromtrassen und wollen stattdessen die erneuerbaren Energien in Bayern ausbauen und Strom aus Österreich importieren. Aiwanger will mehr Windräder im Freistaat aufstellen, die Akzeptanz dafür müsse sich die Politik auch durch finanzielle Anreize erkaufen. Es müsse attraktiv sein für die Gemeinden, Windräder in ihrer Umgebung aufzustellen. Und eine höhere Einspeisevergütung mache das attraktiver. Er sei überzeugt davon, dass das Vorhaben, Strom aus dem Norden nach Bayern zu transportieren „politisch sterben wird“, da auch in anderen Bundesländern wie Hessen der Widerstand gegen die Trassen wachse. Umso wichtiger sei es, sich möglichst früh Alternativen zu überlegen. Er glaube nicht daran, dass Wirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) demnächst tatsächlich ein Ergebnis ihres Energiedialogs vorlegen werde. Die CSU werde das Thema nur immer weiter aufschieben, sagte Aiwanger.

An die Grünen, die sich für die Stromtrassen aussprechen, appellierte Aiwanger, ihre Position zu überdenken. Ein breites Bündnis in der Opposition gegen die Trassen strebe er allerdings nicht an. Stattdessen setzt er auf die eigenen Argumente, es sei gar nicht schlecht, wieder einmal ein Alleinstellungsmerkmal zu haben, „auch parteipolitisch“.

Um die ländlichen Regionen zu stärken, fordern die Freien Wähler, den Anteil der Kommunen am Steuerverbund auf 15 Prozent anzuheben. Die bisherige Finanzierung sei problematisch, da viele Kommunen nicht in der Lage seien, den Eigenanteil für Projekte aufzubringen, die zwar staatlich gefördert würden, eine Beteiligung der Kommunen aber zur Bedingung hätten. Und auch die Stabilisierungshilfen, die der Freistaat den Gemeinden gewähre, die keinen genehmigungsfähigen Haushalt aufstellen könnten, seien an zu strenge Bedingungen geknüpft. Stabilisierungshilfe mit Erpressung sei das, sagte Landtagsvizepräsident Peter Meyer, der selbst aus Oberfranken kommt. Die gleichwertigen Lebensverhältnisse in ganz Bayern blieben ein entscheidendes Thema für die Freien Wähler, sagte er. Dazu gehöre es auch, das Trinkwasser- und Abwassernetz in den Kommunen zu erhalten, auch dann, wenn die Einwohner immer weniger würden. Oberfranken ist vom demografischen Wandel besonders betroffen.